

DISSIDENTEN FRAKTION IM DRESNER STADTRAT

Dr. Külz Ring 19, 01067 Dresden • Raum 1-052, Tel. 0351-488-1130

Pressemitteilung, 12.11.21

Keine Fahrpreiserhöhung im VVO

Schulte-Wissermann: „Das wäre ein Schlag ins Gesicht der treuen DVB Kundschaft“

Der VVO möchte auf seiner Verbandssitzung Anfang Dezember die Fahrpreise für Bus- und Bahn massiv anheben – in einem möglichen Szenario sogar um bis zu 10%. Gleichzeitig wütet eine Pandemie, viele Menschen bangen um Job, Verwandte und die eigene Gesundheit. Eine Folge: Dem Öffentlichen Nahverkehr droht die Kundschaft wegzubrechen. Hier setzt die Dissidenten Fraktion ein deutliches Zeichen, und beantragt, dass die Fahrpreise jetzt nicht angehoben werden dürfen.

Hierzu erklärt Dr. Martin Schulte-Wissermann (PIRATEN): „Die DVB hat mit die treuesten Kunden der Welt. Auch nach fast zwei Jahren Pandemie haben nur wenige Prozent ihr Monatsabo gekündigt. Trotz Homeoffice und Einschränkungen bei Gastronomie, Handel und Kultur stehen die Menschen zu ihrer DVB. Nun kommen noch mehr Monate mit noch mehr Homeoffice und Lockdowns auf uns zu. In dieser Situation die Fahrpreise zu erhöhen, wäre nicht nur falsch – es wäre ein Schlag ins Gesicht der bislang treuen DVB Kundschaft.“

Per Stadtratsantrag will die Dissidentenfraktion daher den Oberbürgermeister binden, auf der Verbandsversammlung gegen jegliche Fahrpreiserhöhungen zu stimmen. Des Weiteren soll eine Verstetigung der „Sommer-Treueaktion“ und eine Erweiterung des Sozialtickets auf das gesamte Gebiet des VVO untersucht werden.

„Im Sommer mit einem Ticket zu zweit das VVO Gebiet erkunden zu können kostet den VVO fast nichts – es ist aber ein superschönes Zusatzangebot an alle Abokunden. Wer seine Kundschaft halten und ausbauen will, muss solche Angebote im Portfolio haben. Die Erweiterung des Sozialtickets ist hingegen eine längst überfällige Notwendigkeit, damit bezahlbarer ÖPNV auch in der Fläche gelingt.“

Als vierten Punkt verlangt die Dissidenten Fraktion, dass der Freistaat Sachsen neue Finanzierungsmöglichkeiten für den ÖPNV schafft. Ähnlich wie in Baden-Württemberg könnten so die Kommunen in die Lage versetzt werden, Elemente der Umlagenfinanzierung einzuführen und so die Ticketpreise langfristig zu stabilisieren oder gar zu senken.